

# D EXILLAND

# U T S C H L A N D

Berliner Landeszentrale  
für politische Bildung

be  Berlin



## Exilland Deutschland? Herausforderung für die politische Bildung

Freitag, 01.07.2016, 10.00 – 16.00 Uhr

Berliner Rathaus (Rathausstraße, 10178 Berlin)

Berliner Landeszentrale für politische Bildung und  
Deutsche Vereinigung für politische Bildung, Landesverband Berlin

Flucht und Vertreibung ist im 21. Jahrhundert zur Realität von mehr als 60 Millionen Menschen weltweit geworden. Angesichts der steigenden Zahl gewaltsamer Konflikte und Naturkatastrophen wird dies auch in absehbarer Zukunft so bleiben. 2015 war das Jahr, in dem erstmals über eine Million geflüchtete Menschen nach Deutschland gekommen sind. Viele von ihnen werden auch eine Bleibeperspektive haben.

Infolge dieser Situation stehen der Bundesrepublik gesellschaftliche Veränderungen bevor. Der heutige Fluchtkontext unterscheidet sich deutlich von der bisher bekannten Arbeitsmigration, die Deutschland zu einem Einwanderungsland gemacht hat: so hinsichtlich der Zuwanderungsmotive, individueller Bleibeperspektiven und vor allem in Bezug auf die soziale Zusammensetzung. Auch ist eine große Zahl unbegleiteter, geflüchteter Minderjähriger zu betreuen und zu versorgen. Viele Menschen fliehen aus dem afrikanischen, arabischen und vorderasiatischen Raum, viele von ihnen sind muslimischen Glaubens.

Wir alle sind durch diese Situation auch persönlich herausgefordert. Neue, ungeahnte und vor allem in ihrer weiteren Entwicklung offene Situationen müssen von uns konstruktiv bewältigt werden. Wir können weder auf unsere bisherigen Erfahrungen und Verfahren vertrauen noch lassen sich die kommenden Entwicklungen prognostizieren. Ebenso sind damit Verunsicherungen und Ängste verbunden, die unsere offene Gesellschaft auch in Form von Diskriminierungen und Gewalt erschüttern. Ihnen nachzugeben, wäre aber ein Sieg derer, die Angst verbreiten, um ihre politischen Interessen durchzusetzen. Menschen müssen auch für die Auseinandersetzung mit ihren eigenen Ängsten gestärkt werden.

Mit dem Begriff des Exillandes verbinden sich nicht nur die aktuellen Fragen nach gesellschaftlichen

Ressourcen und nach unserer Bereitschaft und Fähigkeit zu Empathie und Solidarität. Auch unsere Vorstellungen zu Konzepten, wie politische Teilhabe zu gestalten ist, sind gefragt. Wie kann künftig dieses Recht für jene verwirklicht werden, die weder die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen noch sie anstreben und auch keine EU-Bürger/-innen sind? Gerade für zunehmend globalisierte Städte wie Berlin mit einem hohen Anteil an Einwohner/-innen ohne Staatsbürgerschaftsrechte und mit einer eher kurzfristigen Bleibeperspektive stellt sich die Frage, wie Konzepte des Zusammenlebens und der Partizipation neu bestimmt werden können: weg von naiven Assimilationserwartungen, Hinterfragen von Integrationsvorstellungen in einer Einwanderungsgesellschaft hin zu der gestalteten Vielfalt einer globalisierten Gesellschaft.

Die internationalen Menschenrechtskonventionen, denen Deutschland beigetreten ist, stellen wichtige Orientierungspunkte für die Gestaltung der Politik im Kontext von Flucht und Asyl dar. So hat die UN-Kinderrechtskonvention eine große Bedeutung für die Gestaltung der Aufnahme von den 40% der Geflüchteten unter 18 Jahren. Für sie gilt die Trias der Kinderrechtskonvention aus Schutz, Förderung und Partizipation. Deren psychosoziale Betreuung angesichts der traumatischen Erlebnisse, die ein Teil der Fluchtgründe sind und auch während der Flucht erfahren wurden, ist somit eine menschenrechtliche Verpflichtung.

Alle Bereiche der politischen Bildung stehen vor neuen Aufgaben: Schule, Jugend- und Erwachsenenbildung, Soziale Arbeit und universitäre Bildung. Nicht nur die Ankommenden müssen sich neu orientieren und bei der Teilhabe an unserer Gesellschaft unterstützt werden, auch die hier Lebenden müssen lernen, sich auf die geänderte Situation einzustellen.

Der politischen Bildung stellen sich dabei vor allem folgende Aufgaben:

- Vermittlung von Informationen über Migrationsprozesse, Grund- und Menschenrechte
- Reflexion über alltägliche Erscheinungsformen von Rassismus und Dominanzkultur
- Angebote der Professionalisierung für Menschen, die mit Geflüchteten arbeiten
- Beiträge zum Perspektivwechsel zwischen geflüchteten Menschen und Berlinerinnen und Berlinern
- Angebote für neue Einwohnerinnen und Einwohner, Teilhabemöglichkeiten im demokratischen Handlungsrahmen kennenzulernen
- Foren der Diskussion und des Austauschs zu gesellschaftlichen Entwicklungsperspektiven schaffen

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass gerade solche Ansätze, in deren Rahmen nicht über, sondern gemeinsam mit geflüchteten Menschen gearbeitet wird, für fast alle Bildungsträger Neuland darstellen.

Politische Bildung wird auch ihre Grundsätze und ihr Selbstverständnis reflektieren und weiterentwickeln

müssen: Welches sind angesichts der Entwicklungsprozesse die angemessenen didaktischen Konzepte? Welche methodischen Zugänge müssen gewählt werden, um verschiedene Zielgruppen, auch Menschen mit Fluchterfahrungen zu erreichen? Welche Bedeutung haben die internationalen Menschenrechtskonventionen für die politische Bildung? Wie müssen Ansätze des transkulturellen Lernens, der Antidiskriminierungsarbeit, der Diversity-Pädagogik, der postkolonialen Theorie etc. in die Konzepte der politischen Bildung integriert werden?

Die Prozesse sind im Fluss, jede Reflektion und Diskussion kann nur Zwischenergebnisse zum Ziel haben. Sozialwissenschaften und die Profession der politischen Bildung müssen gemeinsam künftige Entwicklungen und Perspektiven diskutieren.

Die Deutsche Vereinigung für politische Bildung und die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin laden ein zu der Veranstaltung „Exilland Deutschland? Herausforderung für die politische Bildung“, um sich der gemeinsamen Diskussion der verschiedenen Professionen zu stellen.

## Programm: Freitag, 01.07.2016

### 10 Uhr Begrüßung

Prof. Dr. Sabine Achour, Thomas Gill

### 10.15 Uhr Flucht und Migration als Herausforderung und Chance

Dr. Anne Koch, Stiftung Wissenschaft und Politik

### 11.00 Uhr Perspektiven einer neuen Integrationspolitik

Canan Bayram, MdA, Bündnis 90 / Grüne

### 11:30 Uhr Diskussionsrunde

Muss unser Verständnis von Politik und Gesellschaft globaler, diversitätssensibel, menschenrechtsorientierter, ... werden?

Dr. Anne Koch, Stiftung Wissenschaft und Politik

Canan Bayram, MdA

Prof. Dr. Viola Georgi, Uni Hildesheim

Prof. Dr. Claudia Lohrenscheit, Hochschule Coburg

Mohammed Jouni, „Jugendliche ohne Grenzen“

Jamila Adamou, Hessische Landeszentrale für politische Bildung

Moderation: Prof. Dr. Sabine Achour, FU Berlin

### 13.00 Uhr Pause

### 13.30 Uhr Round-table Gespräche:

#### Perspektiven für die Politische Bildung

Schulische politische Bildung:

Prof. Dr. Ingo Juchler, Uni Potsdam

Politische Erwachsenenbildung:

Prof. Dr. Bernd Overwien, Uni Kassel

Politische Jugendbildung: Ina Bielenberg, AdB

Wissenschaft und Politische Bildung:

Prof. Dr. Peter Massing, FU Berlin

Politische Bildung und Soziale Arbeit: Prof. Dr. Barbara

Schäuble, Alice-Salomon-Hochschule Berlin

### 14.45 Uhr Pause

### 15.00 Uhr Präsentation der Ergebnisse der Tisch-Gespräche durch Berichterstatter\_innen

Moderation: Thomas Gill, Berliner Landeszentrale für politische Bildung

### 15.45 Uhr Verabschiedung

Anmeldungen bitte unter:

[www.berlin.de/politische-bildung/veranstaltungen](http://www.berlin.de/politische-bildung/veranstaltungen)